

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Redakteur keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes. Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegealtene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 40

Donnerstag, den 3. April

1930

Brünnings Regierungsprogramm.

Deutscher Reichstag.

152. Sitzung, Dienstag, den 1. April.

Präsident Löbe eröffnete die Reichstagsitzung am Dienstag um 4 Uhr. Haus und Tribünen, auch die Diplomatensitze waren stark besetzt. Im Regierungssitz hatten neben dem Kanzler die Minister Platz genommen. Neben dem Kanzler saß der Reichswirtschaftsminister Dietrich, der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Präsident Löbe eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß die Abgeordneten Schiele (Dnat.) und Wundtlich (D.B.P.) ihre Mandate niedergelegt hätten. Dann gab er das Wort dem Reichskanzler. Als sich der neuernannte

Reichskanzler Brüning

zum Rednerpult begab, wurde er von den Kommunisten mit dem Rufe „Hungertanzler“ empfangen.

Dr. Brüning stellte zunächst dem Plenum die neue Reichsregierung vor und sprach anschließend dem scheidenden Reichskanzler für seine hingebende von erster Sachlichkeit getragene Arbeit im Dienste des Vaterlandes die aufrichtigste Hochachtung der neuen Regierung aus. Als die Kommunisten bei diesen Worten in lautes Lachen ausbrachen, ermahnte Reichstagspräsident Löbe den Abg. Sorgler zur Ruhe.

Das Kabinett sei ein keine Koalition gebunden.

Er führte der Kanzler weiter aus. Es sei zu dem Zweck geblieben, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. „Es wird der letzte Versuch sein“, fuhr der Kanzler fort, „die Lösung mit diesen Reichstag durchzuführen. Einen Aufbruch der lebensnotwendigen Arbeiten kann niemand verweigern. Die Stunde fordert schnelles Handeln.“ Die Kommunisten riefen bei diesen Worten: „Großer Optimist!“

Dr. Brüning meinte, man dürfe heute von ihm keine beschließlichen Erklärungen über die beschlossenen Maßnahmen erwarten. Die neue Regierung werde Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Er sprach dann vom nationalen Selbstbewußtsein, von der inneren Kraft des Volkes, die die Grundlage bilden sollten für den Wiederaufstieg Deutschlands in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Völkern. Er sprach von

regulärer Durchführung der internationalen Vereinbarungen, von der Klärung und dem weiteren Ausbau unseres Vertragsverhältnisses zu allen Staaten, von der Förderung der internationalen Zusammenarbeit, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet.

Endziel bleibe ein wirtschaftlich gebundenes, ein politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland. In diesem Zusammenhang erwähnte der Kanzler die Rheinlande und die Erneu der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Er sprach davon, daß alsbaldige Rückgliederung des Saargebietes das Ziel der von der Reichsregierung tatkräftig zu fördernden Verhandlungen sei.

Innerpolitisch gebe unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen sozialen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Man müsse diesen Strömungen nicht nur mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel begegnen, sondern vor allem durch wirtschaftliche Aufbauarbeit.

Die Regierung fühle sich stark genug, allen gefährlichen Bewegungen entgegenzuwirken.

Es folgten Ausführungen über die Abwägung des Reichspräsidenten zu nationaler Einigung, über die erbitterten Kämpfe, die das deutsche Volk um innenpolitische Fragen gerissen hätten. Man müsse das Werk der Veröhnung in Angriff nehmen. Der Reichspräsident müsse auf gemeinsame Not und auf die Abhilfe, nicht auf den Trennende gerichtet sein.

Alle infolge der langwierigen Verhandlungen über den Young-Plan noch nicht erledigten finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen müssen sofort durchgeführt werden. Sicherung der Finanz- und Rentenlage, Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen finanziellen Lage ist das dringende.

Die Regierung fühle sich stark genug, allen gefährlichen Bewegungen entgegenzuwirken.

Durch Übernahme des von dem jetzigen Reichsfinanzminister aufgestellten Entwurfs eines Reichshaushaltsgesetzes für das Jahr 1930 könnten die Arbeiten des Reichsrats in den festgesetzten Fristen durchgeführt werden.

Die Reichsregierung übernehme das zu diesem Haushaltsplan gehörende Deckungsprogramm.

Die Deckungsvorlagen seien in der Form des letzten Deckungsvorschlags der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitsbeschäftigung, der gesetzlichen Festlegung der Steuererhebung und der Ausgabenerparnis ein einheitliches Ganzes. Eine Steuerlasten zur Sättigung der Rentenlage seien nur möglich, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gerichteten Gesamtprogramms stünden.

Die eingehende Sparvorschläge würden in kürzester Frist dem Reichstag vorgelegt werden.

Sie sollten nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. Man wolle lediglich die Senkung der Steuern zur Hebung der Produktivität der Wirtschaft und zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands.

Die Sparmaßnahmen sollten Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwert und dem gesamten städtischen und ländlichen Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern. Die Regierung sei von erster Sorge erfüllt über die Notlage des gewerblichen Mittelstandes, sie werde alle Kräfte einsetzen, um den gewerblichen Mittelstand in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu fördern, vor Überbelastung und Auflösung zu schützen.

Die Notwendigkeit einer planmäßigen Vereinfachung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung schaffe die Garantie und die Voraussetzung für die Weiterverfolgung der Sozialpolitik.

Das Rettungswert für unsere am die Existenz kämpfende Landwirtschaft sei vordringlich.

Die Agrarkrise habe in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Landwirtschaft habe, wie jeder andere Stand, der unverwundbar ins Elend geraten sei, das Recht auf die Hilfe des Staates. Stützung und Wiederbelebung der ländlichen Wirtschaft seien die wirksamsten Mittel zur Drosselung der Landflucht und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten für Gewerbe und Arbeiterkraft. Von hier aus müsse besonders der Druck auf den Arbeitsmarkt beseitigt werden.

Deshalb sei die Regierung entschlossen, besonders ein durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft zu verwirklichen. Sie habe vor außergewöhnlichen Mitteln nicht zurück. Die Regierung habe bereits mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetzesvorlagen begonnen. Dadurch werde die Gewähr geschaffen, das deutsche Volkstum in der Heimat wieder fester mit der Heimat und der Scholle zu verbinden — Umföhrung und Entschuldung, Zins- und Kostenreduktion, Ordnung der Kreditverhältnisse fänden im Vordergrund, Festigkeit und Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse schaffen erst die Möglichkeit einer zielbewußten Bauern- und Arbeiterziehung. Zur Deckung dieser Ausgaben werde die Reichsregierung, ohne die Steuerzahler neu zu belasten, eine besondere Vorlage unterbreiten.

Gebung der öffentlichen Landwirtschaft sei die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Ostens.

Die Reichsregierung werde an diesen Vorschlägen unter allen Umständen festhalten. Sie werde sich dafür mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einsetzen. Diesen Gedanken müsse auch der Reichstag in seiner Stellungnahme zur neuen Reichsregierung Rechnung tragen. Parteipolitische Erwägungen müßten in dieser Stunde in den Hintergrund treten.

Der Reichstag vertrat sich, nachdem der Kanzler diese Erklärung vorgelesen hatte und nachdem ein deutschnationaler Antrag, die Sitzung auf Donnerstag zu verschieben, abgelehnt worden war, auf Mittwoch 12 Uhr.

Dr. Brüning droht mit Auflösung des Reichstags.

Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten liegt bereits vor.

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning im Reichstag hat, abgesehen von dem Satz, in dem indirekt erklärt wird, daß der Reichskanzler bereits die Vollmacht des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstages hat, die parlamentarische Lage nicht zu klären vermocht. Die Ausführe des Kabinetts hängen zunächst von der Sozialdemokratie ab. Ein Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie liegt bereits vor. Man spricht sogar von außerparlamentarischen Mitteln für den Fall, daß das Kabinett in der Arbeitslosenversicherung Leistungsleistungen vornehmen sollte. Die Fraktionen, die zum Teil schon vor der Regierungserklärung Beratungen abhielten, haben diese Verhandlungen am Dienstag abend fortgesetzt. Eine offizielle Entschöderung der deutschnationalen Fraktion über die Stellungnahme zum Kabinett ist erst nach dem weiteren Verlauf der Debatte zu erwarten.

Schwebende Schuld des Reiches: 1,7 Milliarden.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Monat Februar 1930. Danach betragen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen — die Beträge verfallen sich in Millionen Reichsmark — 651,4 Rm, die Ausgaben 884,5 Rm, so daß sich eine Mehrausgabe von 233,1 Rm ergibt. Von den Ausgaben entfallen 233,3 Rm auf Steuerüberweisungen an die Länder, 69,7 Rm auf Bezüge der Beamten und Angestellten (ausgl. Ruhegehälter), 127,9 Rm auf Reparationszahlungen zu Lasten des Reichshaushaltes, 29,9 Rm auf die Sozialversicherung und 101,2 Rm auf die Arbeitslosenversicherung.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen im Monat Februar 1930 11,0 Rm, die Ausgaben 7,3 Rm, so daß sich im außerordentlichen Haushalt eine Mehreinnahme von 3,7 Rm ergibt. Der Stand der schwebenden Schuld hatte am 28. Februar eine Höhe von 1735,9 Rm.

Sparvorschläge für Mecklenburg-Schwerin.

Das Gutachten des Reichskommissars Dr. Saemisch, Schwerin. Das Mecklenburgisch-Schwerinsche Staatsministerium hat vom Reichsparlament im Frühjahr 1928 ein Gutachten für die Vereinfachung und Verbilligung der gesamten staatlichen Verwaltung erbeten. Dieses 415 Druckseiten umfassende Gutachten liegt jetzt vor. Danach ergibt die Prüfung der gegenwärtigen Finanzlage des Landes Mecklenburg das Bild eines stark erschütterten Haushaltes. Die hohen Postbeträge und die schnelle Zunahme der Abgeordneten sind bedrohliche Anzeichen. Die Fortsetzung dieser Wirtschaftsweise würde für die kommenden Jahre ein Anwachsen der Schulden um jährlich 10 Millionen Mark bedeuten. Ohne eine weitere Einschränkung um mindestens 15 v. H. der bisherigen Ausgaben wird das Gleichgewicht nicht dauernd herzustellen sein.

In der Organisation der Verwaltung könne Mecklenburg-Schwerin als kleineres Land seinen Behördenaufbau wesentlich einfacher einrichten und brauchte regelmäßig über zwei staatliche Verwaltungsinstanzen nicht hinauszuweichen. Eine allgemeine Verwaltungsreform kann auch vor der Zahl der Minister und Ministerien nicht haltmachen. Für Mecklenburg-Schwerin dürfen drei Fachminister sachlich nicht erforderlich sein. Für Sachministerien, die für das Land in Frage kämen, schlägt das Gutachten vor, das Finanzministerium, das Ministerium für Inneres und Landwirtschaft sowie das Ministerium für Justiz und geistliche Angelegenheiten. Die Drosselung der Personalausgaben ist angesichts der ungünstigen Finanzlage die Lebensfrage des Landes. Die Verminderung des Personals würde eine Ersparnis von rund 7 Millionen Mark betragen.

Der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter an die Regierung Brüning.

Berlin. Aus Anlaß der Bildung des neuen Reichskabinetts hat der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerinteressen, e. B., Sitz Berlin, dem Reichskanzler Dr. Brüning die besondere Berücksichtigung der Kriegsoferinteressen in Regierungsprogramm in Erinnerung gebracht durch Uebermittlung eines Telegramms, in dem es u. a. heißt: „Die deutschen Kriegsofer — besonders die versorgungsberechtigten Kriegerinteressen — warten noch immer auf die ihnen zugesicherte Ausgestaltung des Versorgungsrechts. Sie hoffen zuversichtlich, daß die neue Reichsregierung sich die Aufgabe im Rahmen ihres Regierungsprogramms zu eigen macht.“

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Auch die Vereinigten Staaten leiden jetzt unter Arbeitsmangel.

Detroit. Vor der Henry Ford gehörenden Automobilfabrik von River Rouge kam es zu schweren Ausschreitungen Beschäftigung suchender Arbeitsloser. Die Mordanschläge in größter Eile Polizeiverstärkungen herbeiführen. Diese trieb die Arbeitslosen mit Knütteln und Tränengasbomben auseinander.

Auf das unbegründete Gerücht, daß Henry Ford beabsichtigt, in River Rouge mehrere tausend Arbeiter neu einzustellen, führten Dienstag in großen Scharen Arbeitssuchende vor das Direktionsgebäude, und als man ihnen mitteilte, daß sie einem falschen Gerücht zum Opfer gefallen sind, versuchten die Arbeitslosen gewalttätig in das Gebäude einzudringen, um ihre Einstellung zu erzwingen. Nach kurzem Widerstand wurden sie jedoch durch die Polizei am Betreten der Fabrik verhindert.

Feiern am Grabe Bismarcks.

Hamburg. Am Grabe des Reichskanzlers Bismarck in Friedrichsruh fanden zur Erinnerung an seinen 115. Geburtstag zwei Feiern statt. Auf der ersten Feier, die von Abordnungen der verschiedenen Vaterländischen Verbände und Vereine Hamburgs besucht war, hielt Pastor Fort-Hamburg die Gedenkrede. Er ermahnte alle Deutschen, dankbar einer Zeit zu gedenken, die einen so großen Führer an die Spitze der deutschen Politik gestellt hat, und den festen Glauben an Gott und die heße Liebe zum Vaterlande zu wahren, die Bismarck den Mut und die Kraft gaben, das deutsche Volk zu einem. Hierauf erinnerte Herr v. Schinckel-Hamburg in kurzen Worten an die großen Leistungen Bismarcks und gelobte im Namen aller Teilnehmer, den Kampf für die Erneuerung des Deutschen Reiches mit allen Kräften fortzuführen. Während seiner Rede wurde ein mit schwarzweißen Schleifen umwundener Kranz im Namen der beteiligten Verbände am Grabe Bismarcks niedergelegt. Die zweite Feier wurde vom Alldeutschen Verband in Hamburg veranstaltet.

200 Tote auf der Teufelsinsel.

Paris. Ein Bürger in La Rochelle hat von einem Beamten der Strafkolonie der Insel Royal bei Guayana ein Schreiben erhalten, in dem dieser mitteilt, daß von den 673 Strafgefangenen, die im November vorigen Jahres mit dem Dampfer „La Martinère“ aus dem Gefängnis St. Martin de Rey nach den Teufelsinseln bei Französisch-Guayana gebracht wurden, 200 umgekommen seien. Nähere Einzelheiten sind zwar nicht bekannt, jedoch zweifelt man in eingeweihten Kreisen nicht an der Richtigkeit dieser Enthüllung.